

Erscheinung
täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis
monatlich 3,50 M., frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen 3 M. 25 Pf.
Wochenblatt 25 Pf.
Einzelnummern kosten 10 Pf.

Kreiszeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Garmondzeile oder deren Raum 20 Pf.; im Nachdruckteil die Zeile 15 Pf. — Nachlaß bei öfteren Wiederholungen. — Laufende Wohnungsanzeigen nach Uebereinunft.
Geschäftsstelle
Kaiserstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Wit- oder gegeneinander?

D. R. K. Aus Berlin wird uns geschrieben:
Wer mit seinem Herzen auf der Seite der siegreichen Revolution steht, wer beruhigen und begütigen will, wenn alles noch nicht so geht wie es gehen soll, spricht von begreiflichem Ueberdruß der Männer, die die ungeheuerliche Umwälzung der Weltgeschichte in wenigen Tagen vollbracht haben und nun natürlich glauben einmal: sie brauchen nur zu befehlen und anzuordnen, dann müsse auch alles nach ihrem Willen sich abwickeln und dann: sie allein wären die einzige Instanz, die fernerhin überhaupt noch etwas zu sagen hätte. Wer das Wort dieser Männer mit größerer Zurückhaltung beurteilt u. sich ihnen zunächst nur zur Verfügung stellt, weil er einseht, daß sie unbedingt unterstützt werden müssen, wenn wir nicht im Meer des Bolschewismus ertrinken sollen, der wird auch zur Ruhe und Besonnenheit mahnen, wo Reibungen auftreten, und wird selbst mit gutem Beispiel vorangehen, wo die Schattenseiten der neuen Zeit sich zunächst noch stärker hervorbringen, als die von ihren Bewunderern verherrlichten Segnungen. Im Ziel sind wir uns ja im Augenblick alle einig: nicht rüdwärts schauen, nicht klagen und trauern um Dinge, die unwiederbringlich verloren sind, sondern heilen und helfen, raten und täten, wo jeder von uns nur die Möglichkeit dazu findet, damit wir ohne weitere Katastrophen binnen kürzester Zeit wieder zu geordneten Zuständen kommen und neu aufbauen können, was der Sturmwind der Revolution in seinem alten Bestande für immer vernichtet hat.

Der Ueberdruß, den die einsichtigen Leiter der neuen Regierung selbst lebhaft bedauern, zeigt sich einmal in den Niederungen der Revolution, in den Massen der Arbeiter und Soldaten, die sich plötzlich in den Mittelpunkt der Ereignisse gestellt haben und bei dem von ihnen erzwungenen Verlassen des alten Apparats natürlich auch den instinktiven Drang empfinden, überall selbst Hand anzulegen, so gut oder so schlecht es eben im ersten Augenblick gehen will, nur damit die kommunale oder die staatliche Maschine, der bürgerliche oder militärische Mechanismus unseres Volkstums nicht zum Stillstand kommt. Da ergeben sich unvermeidliche Kollisionen, Ein- und Uebergriffe, die Verwirrung bringen, und diese wird von allen Beteiligten um so schwerer empfunden, als wir jetzt gar nichts dringlicher brauchen als klares und sicheres Handeln. Die Arbeitsfreudigkeit der Männer, denen die Ueberleitung der Verhältnisse in die neue Zeit obliegt, muß aber natürlich leiden, wenn sie sich fortwährend mit Zuständigkeitsfragen herumzuschlagen haben, und das ständige Abwehren von Eingriffen, die für unbedeutend gehalten werden, muß Empfindlichkeiten wecken, die immer nur wieder mit vieler Mühe überwunden werden können. So hört man z. B., daß vielfach die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte sich einfach für alles und jedes für zuständig halten, ohne Unterschied, ob es sich um lokale oder provinzielle oder gar staatliche Angelegenheiten handelt, um Fragen der Gesetzgebung oder Verwaltung, der Exekutive oder Ueberwachung. Sie wollen befehlen, was ihnen richtig erscheint, sie wollen ihre Befehle ausführen und niemandem dafür Rechenschaft ablegen — also das genaue Gegenteil einer geordneten Demokratie, die in der Trennung der Gewalten ihre sicheren Grundlagen findet und vor allen Dingen das Volk mit der Kontrolle seiner Beauftragten betraut. Dazu kommen die ungeheuren Schwierigkeiten, die durch den stürmischen Charakter unserer Demobilisierung bedingt sind und nur bei zentraler Regelung aller ungemein verwickelten Einzelfragen einigermaßen glatt und übersichtlich geordnet werden können.

Von der ungeheuren Bedrohung einer geregelten Verpflegung gar nicht zu reden, wenn z. B., wie es auch bereits vorgekommen ist, einzelne Arbeiter- und Soldatenräte für ihre Bezirke Ausfuhrverbote erlassen — ganz so wie es in den Zeiten des gestürzten Obrigkeitsstaates die Landräte hier und da auch getan haben.

Auch an der Spitze des neuen Volksstaates, in der Reichshauptstadt, herrscht alles andere eher als Ordnung und — Unterordnung der Gewalten. Der grobe Anflug mit den USR, die sich irgendwie und irgendwo zusammensetzen, um im Trüben auf Fischzüge auszugehen, hat allerdings so ziemlich aufgehört. Mehr und mehr kommt auch Sinn und Methode in den Aufbau der Behörden, das Zusammenwirken aller Organe. Aber bei der eigentlichen Reichsleitung klappt es noch nicht so, wie man es wünschen muß. Sie wird gebildet durch den Vollzugstat, der aus Wahlen der Großberliner USR hervorgegangen ist, und durch den Rat der Volksbeauftragten, den seinerseits wieder der Vollzugstat eingesetzt hat. Zwischen diesen beiden Körperschaften ist es aber offenbar noch zu keiner endgültigen Abgrenzung ihrer Rechte gekommen. Wer hat zu befehlen, wer zu gehorchen? Sollen die Volksbeauftragten, also die Minister, sich auf Schritt und Tritt kontrollieren lassen, sondern beauftragen, anweisen, fortlagieren lassen, sollen sie auf jeden eigenen politischen Willen verzichten, und in kleinen wie in großen Entscheidungen, namentlich aber in großen ohne selbständige Verantwortlichkeit lediglich an die Instruktionen des Vollzugstat gebunden sein? Sollen sie z. B. in der Frage der Einberufung der Nationalversammlung, die schlechtweg für unsere ganze Zukunft entscheidend ist, ihre eigene Ueberzeugung ausschalten? Oder die Sozialisierung der Volkswirtschaft nach Maß und Tempo den stürmischen Wünschen anpassen, auch auf die Gefahr hin, daß Deutschland dadurch vollends zugrunde gerichtet wird? Man sieht: hier geht es um schicksalsschwere Entscheidungen. Alles hängt davon ab, wer in diesem Ringen siegt wird: die ruhige Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten eines immer noch großen Volkes oder die Parteileidenschaft, der es mehr um die Vernichtung des Bestehenden, als um den Aufbau einer neuen Staatsordnung zu tun ist. Hier, an der Spitze der Revolution, verbindet sich mit dem Ueberdruß einzelner Führer der Massenandrang nach ganzer Arbeit, wie sie in Rußland geleistet worden ist. Dieses Beispiel hat, so scheint es, immer noch nicht abschreckend genug gewirkt.

Ob das Sechsmännerkollegium stark genug sein wird, um sich mit den Befugnissen, die es braucht, gegen terroristische Kräfte jeder Art zu behaupten, kann heute noch niemand wissen. Daß wir auf unliebsame Ueberraschungen auch nach der Revolution gefaßt sein müssen, braucht heutzutage wohl nicht mehr gesagt zu werden.

Der Waffenstillstand. Französische Nachsicht.

Alle Nachrichten, die aus dem Westen kommen, stimmen darin überein, daß die französische Regierung und der französische Oberbefehlshaber nicht die geringste Neigung bezeugen, die grausamen Waffenstillstandsbedingungen irgendwie zu mildern, welche Deutschland auferlegt worden sind. Der eben aus Spa nach Berlin zurückgekehrte Unterhändler Baiselow berichtet über seine Erfahrungen bei den Verhandlungen in der Waffenstillstands-

kommission, daß sich eine furchtbare Rachsucht an allen französischen Stellen bemerkbar mache. Er habe den Eindruck gewonnen, daß Frankreich nur darauf warte, daß die Waffenstillstandsbedingungen von Deutschland nicht restlos erfüllt würden, um einen erwünschten Vorwand zum Einrücken in Deutschland zu haben. Zu den Vorwänden für einen französischen Einmarsch würde es auch gehören, wenn nicht bald geordnete gesetzmäßige Zustände im Deutschen Reich geschaffen würden.

In diesem Punkt scheint England und Amerika geschlossen hinter Frankreich zu stehen. Die Presse und die Staatsmänner dieser beiden Länder werden nicht müde zu wiederholen, daß bolschewistische Zustände in Deutschland nicht nur jede Willehrung der Blodade ausschließen, sondern auch die gewaltsame Ordnung im Deutschen Reich durch feindliche Waffengewalt nach sich ziehen würde. Auch die Lebensmittelfuhr aus den Ententeestaaten wird davon abhängig gemacht, daß gesetzmäßige Verhältnisse in Deutschland geschaffen werden, und eine demokratische Volksregierung anstelle der einseitigen Räterregierung eingesetzt wird.

Das alles kommt nicht unerwartet. Was von feindlichen Freundschaftsver sicherungen für ein vom Militarismus befreites deutsches Volk zu halten war, hat sich bei den Waffenstillstandsverhandlungen schon zur Genüge erwiesen. In dieser Not gibt es nur eine Rettung: die Aufrechterhaltung der Ordnung in deutschen Landen und die baldige Einberufung der gesetzmäßigen Nationalversammlung. Die gegenwärtigen Machthaber widmen sich dieser ungeheuren Aufgabe mit anerkannter Entschlossenheit, aber sie werden in ihrem Bemühen fortgesetzt gestört durch radikale Streichen rücksichtsloser Parteipolitiker. Die unabhängigen Sozialdemokraten verlangen möglichst weite Hinausschiebung der Nationalversammlung, um Zeit zur Vertiefung der Revolutionsergebnisse und für sie einschneidende sozialistische Experimente zu gewinnen. Sie betrauen sich an dem Gedanken einer sozialistischen Republik, die anstelle einer demokratischen Republik eingerichtet werden soll. Die Banken und die Großbetriebe der Industrie sowie der Großgrundbesitz sollen sofort als Nationaleigentum erklärt werden. Daß dadurch in dieser aufgeregten Zeit das deutsche Wirtschaftsleben in heilloser Verwirrung gestürzt werden müßte, scheint diese Fanatiker des reinen Marxismus nicht im geringsten zu stören. Neben ihnen aber werden die Liebhaber dieser deutschen Bolschewisten, mit unerminderter Hefigkeit für die gewaltsame Einführung der Diktatur des Proletariats.

Unter solchen Umständen wird die Pflicht aller ordnungsliebenden Elemente immer dringlicher, zur Abwendung französischer Rachsucht und feindlicher Vernichtungswut geschlossen hinter die Reichsregierung treten.

Ein Telegramm Hindenburgs.

Berlin, 22. Nov. (W. B.) Generalfeldmarschall von Hindenburg telegraphierte aus dem Hauptquartier in Schloß Wilhelmshöhe unter dem 20. November an die Reichsleitung:

„Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insbesondere der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeiten fordern, und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich einen Rechtstitel für die Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Heer infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht

Aus französischen Königssälen.

Skizzen von E. v. Malsahn.

(Fortsetzung.)

Diese Botschaft wirkte wie ein Blitzschlag auf Marie Antoinettes stolzen Sinn. Sie empfand sie als eine himmelstreichende Ungerechtigkeit. Aufs tiefste verletzt, zog sie sich nach Trianon zurück, krank an Leib und Seele. Aber sie fand keinen Trost in den hellen Räumen, die sie aus Schritt und Tritt an eine schöne, sonnige Vergangenheit gemahnten. Die Sprache des Polizeipräsidenten hatte sie jäh aus ihren Träumen gerissen, sie war heilsehend geworden, und erkannte, daß sie von allen verlassen war. Nicht nur von ihrem Volk, auch von den Nächsten. Das Verhältnis der königlichen Gatten war allerdings in den letzten Jahren besser geworden, aber das redlichste Bemühen konnte die scharfen Gegensätze, die in der Verschiedenheit der Charaktere wurzelten, nicht beseitigen. Diese Ehe hatte Elemente zusammengeführt, die wie Wasser und Feuer aufeinander wirkten. Der schwache, haltlose, unbedeutende und linksche Monarch, der sein Leben lang bürgerlichen Passionen nachgegeben war, besaß nicht die Fähigkeit, die blendend schöne, elegante Frau, deren leichtem Sinn ein starker, überlegener Geist ergänzend und befestigend das Gleichgewicht gegeben hätte, an sich zu fesseln. Erst die Not führte Mann und Weib innerlich zusammen. In den letzten Tagen des Glanzes gingen ihre Wege, trotz des besten Willens auf beiden Seiten, immer wieder auseinander.

Die Verwandten Ludwigs XVI. standen seiner Gemahlin gleichgültig gegenüber. Hier war's der Reich, der gänzliche Mangel an Verständnis für Marie Antoinette

tes Eigenart, dort die Kasse, die Gegensätze Habsburg und Bourbon. Die Tanten des Königs, die alternen, schlecht erzogenen, ungebildeten, intriganten Töchter Ludwigs XIV., hatten den neuen Stern von jeher gehaßt und schon der jungen Kronprinzessin den Eintritt in das Versailler Hofleben, so viel sie konnten, erschwert.

Die Schwester des Königs, Madame Elisabeth, eine edle, charaktervolle, gottesfürchtige Persönlichkeit, die, um ihr schönes Vaterland nicht zu verlassen, einsam geblieben, konnte sich absolut nicht in die Art ihrer Schwägerin finden. Besonders fühlte sie sich durch die Oberflächlichkeit abgestoßen, mit welcher Marie Antoinette über Glaubensfragen hinweg ging. Selbst tief religiös, hatte sie für diese Seite der Königin so wenig Verständnis, daß sie, die Ursachen dieses Mangels vergessend, hart und einseitig in ihrem Urteil wurde. Und doch hätte eine zeitige Annäherung der beiden Frauen ergänzen, ebenen, ausgleichen können. Als sie sich in herzlicher Liebe fanden, war es für ihre irdischen Aufgaben zu spät.

Die Brüder des Königs waren weniger vornehme Charaktere. Der ältere, der Graf von Provence, haßte in Marie Antoinette die Habsburgerin, deren Söhne ihm die Anwartschaft auf den Thron nahmen; der jüngere, der Graf von Artois, der bekannte Kow, der Freund schöner Frauen, war in den Tagen des Glanzes derart mit seiner Schwägerin liiert, daß ihr Ruf dadurch gefährdet wurde. Graf Artois kümmerte es nicht. Er spielte sein Spiel in den Boudoirs der Königin, solange es ihm gefiel und der Boden in Versailles sicher war, dann rettete er sich über die Grenze.

Der alte Adel hatte sich von der Herrscherin, die seine Warnungen nicht hören wollte, zurückgezogen. In der Stunde der Not, die er unwiderruflich kommen sah, sollte

sie ihn an den Stufen des Thrones wiederfinden. Bis dahin verbarb der Stolz der Königsrau. Der eigentliche Hofstaat aber, jenes leichtlebige, sittenlose Gesindel, das heute, seinem Vergnügen nachjagend, den Saum ihres Gewandes küßte und morgen den Ruf der Majestät in den Staub trat, fiel in jenen Tagen wie ein weltes Blatt von ihr ab. Und sie lachte nicht das Verlorene zurückgewinnen, — die Stunde war gekommen, da ihr eine einzige treue Hand wertvoller war als tausend Schwüre der Elite. Aber sie hatte in den Tagen des Glanzes wahre Treue von sich gestoßen, — nun stand sie allein.

Eine heiße Sehnsucht überkam sie bisweilen nach jener schönen, sanften Frau, die ihr in unwandelbarer Treue als erste Intendantin gedient. Sie verstand sich selbst nicht, daß sie es hatte zulassen können, daß eine Polignac diese Frau von ihrem Posten verdrängte. Getränkt hatte die Prinzessin von Lamballe sich auf die Güter ihres Schwiegervaters, des Herzogs von Penthièvre, zurückgezogen. Nur bei großen Gelegenheiten sah man sie noch am Hofe, bis sie schließlich ganz fort blieb. Sie war überflüssig geworden, und empfand das Unrecht, das die Königin ihr antat, mit tiefem Schmerz. Sie kam ein Wort der Klage über ihre Lippen; aber wer sie kannte, wußte, daß sie liti. Hätte sie geahnt, daß Marie Antoinette in Reue der einst so heißgeliebten Freundin gedachte und die Liebe zu ihr noch nicht erloschen war, sie hätte keinen Augenblick verloren und wäre nach Versailles geeilt. Doch Marie Antoinette wagte nicht, die Tiefgekränkte zurückzurufen.

So blieben ihn nur ihre Kinder. Aber auch ihr lieblich aufgelautes Mutterglück umlagerten Schatten. Der Dauphin, der in den ersten Jahren ein schönes, gesundes Kind gewesen, begann plötzlich zu kränkeln. Eine Ver-

in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst der Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus den Äußerungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, Frieden schließen werden.“

Die Heeresgruppe Gallwitz.

Berlin, 22. Nov. (W. B.) Die Heeresgruppe Gallwitz dröhrt:

Das Entlassen in die Heimat ganzer geschlossener rückwärtiger Verbände (Bataillon-Kolonnen, Pionier-, Fernsprechkolonnen), sowie einzelner auf eigene Faust zurückkehrender Mannschaften durch die Arbeiter- u. Soldatenräte dauert fort. Da die Führung und Ernährung des ordnungsgemäß zurückkommenden Feldheeres sowie die Herstellung von Übergängen über den Rhein dadurch aufs höchste gefährdet ist, sind energische Maßnahmen der Reichsleitung erforderlich, um ihren klaren Weisungen Geltung zu verschaffen. Besonders ungünstig sind die Verhältnisse in Mainz und Frankfurt. Es wird gebeten, das Erforderliche zu veranlassen.

Die feindliche Besetzung.

Saarbrücken, 22. Nov. (W. B.) Auf die Kunde, daß die Franzosen im Anmarsch seien, wurden gestern gegen 10 Uhr vormittags die Fahnen eingezogen. Eine französische Abteilung von etwa 2 Kompanien betrat, von Forbach in Lothringen kommend, die Stadt, kehrte aber wieder um und lagerte tagsüber außerhalb derselben an der sogenannten Belleue. Die Abteilung marschierte unter Führung von Offizieren. Ihr Verhalten war zurückhaltend und korrekt.

London, 21. Nov. (W. B.) Reuter erzählt, daß britische Kavallerie heute das Waterloo-Feld überschritten und gegen die deutsche Grenze vorrückte. Eine große Anzahl deutscher Gefangene wurde gestern in einzelnen Gruppen an verschiedenen Frontstellen durch britische Offiziere übernommen. Die britischen Offiziere übergeben den Deutschen eine schriftliche Empfangsbefätigung. Die mit der Ausführung des Waffenstillstandsbedingungen betrauten deutschen Offiziere waren auf Grund ihrer Kenntnis der englischen Sprache ausgewählt.

Die Besetzung Frankfurts.

Frankfurt a. M., 22. Nov. (W. B.) Der Frankfurter Magistrat wandte sich vor einigen Tagen mit dem Ersuchen an die Waffenstillstandskommission, ihm mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Ernährung usw. endgültig Bescheid zu geben, ob Frankfurt in die neutrale Zone oder in das besetzte Gebiet falle. Darauf ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ vernimmt, der Bescheid eingegangen, daß nach der neuesten Auslegung der Bedingungen Frankfurt teilweise zum Brückenkopf Mainz gehöre, teilweise neutrale Zone sei. Der Magistrat beschloß darauf, die Waffenstillstandskommission und die Oberste Heeresleitung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Frankfurt überhaupt nicht besetzt werde, denn eine geordnete Verwaltung sei in einer teilweise besetzten Stadt nicht möglich.

Die „Frankfurter Zeitung“ führt dazu folgendes aus: Es ist immer noch nicht genau bestimmt, ob Frankfurt in die neutrale Zone oder in das besetzte Gebiet fällt. Die am 15. November veröffentlichten Zusatzbestimmungen des Oberkommandos der Alliierten besagten allerdings, daß die Stadt Frankfurt nicht zu dem rechtsrheinischen Brückenkopf von Mainz gehöre, also nicht vom Feind besetzt werde. Frankfurt falle vielmehr in die neutrale Zone, die sich zehn Kilometer breit, um jeden Brückenkopf herumziehe. Nun sind wieder Zweifel laut geworden. Das veranlaßte den Frankfurter Magistrat, sich vor einigen Tagen an die Waffenstillstandskommission mit dem Ersuchen zu wenden, ihm mit Rücksicht auf die Schwierigkeit in der Ernährung usw. endgültig Bescheid zu geben, ob Frankfurt in die neutrale Zone oder in das besetzte Gebiet falle. Darauf ist, wie wir vernehmen, der Bescheid eingegangen, daß nach der neuesten Auslegung der Bedingungen Frankfurt zum Teil zum Brückenkopf Mainz gehöre, zum Teil neutrale Zone sei. Der Magistrat trat daraufhin sofort zu einer

Trümmung des Rückrats nahm ihm Schönheit und Körperkräfte, und trotz aller Künste der Ärzte war der unglückliche Thronerbe nach einigen Jahren vollständig verwachsen. Langsam sickte er dahin. Die arme Königin litt namenlos. Der Kleine war ihr ganzer Stolz, ihre höchste Wonne gewesen. Mit schmerzzerstörter Seele sah sie das tägliche Abnehmen mit an. Aber das schwerste Erleben an diesem Sterbelager lag tiefer als Leiden und Krankheit: das Kind war seiner Mutter durch ein schändliches Ränkepiel entfremdet worden. Dem Hofmeister des Kronprinzen, dem Herzog von Harcourt und seiner Frau, stand die Gouvernante der königlichen Kinder, Gräfin Gabriele Polignac im Wege. Sie hatten es sich zur Lebensaufgabe gemacht, diese Frau zu stürzen, und leiteten ihre Intrigue damit ein, daß sie einen unüberwindlichen Haß gegen die Freundin seiner Mutter in der Seele des Dauphins entzündeten. Alle Bemühungen Marie Antoinettes, den Kleinen mit der Gräfin auszusöhnen, scheiterten, denn die Verleumdung hatte bereits ihre eigene Person in die häßliche Affäre hineingezogen. Die königsfeindliche Partei am Hofe hatte verbreitet, die Herrscherin hege eine Abneigung gegen den kleinen Kranken und ihre ganze Liebe gehöre ihrem jüngeren Sohne, dem Herzog der Normandie, einem blühenden, lieblichen Knaben. Harcourt hatte nichts Eiligeres zu tun gehabt, als seinen Schüler von diesem Gerücht in Kenntnis zu setzen, und das nervös überreizte, schwermütige Kind glaubte die Lüge. Die Folge war, daß der Kronprinz, der seine Mutter über alles geliebt, ihren Anblick nicht mehr ertragen konnte. Während er, all seinen Mut zusammenfassend, mit dünnem Stimmchen nach ihr rief und sie sich mit einer Liebkosung über sein Schmerzenslager beugte, schlug seine Stimmung um, er wandte sich, an allen Gliedern zitternd, ab und verbarg sein altes Gesichtchen an der Brust der treuen Pflegerin.

(Fortsetzung folgt.)

Sigung zusammen und beschloß, die Waffenstillstandskommission und die Oberste Heeresleitung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Frankfurt überhaupt nicht besetzt werde, denn eine geordnete Verwaltung sei in einer Stadt, die zum Teil besetzt sei, unmöglich.

Die Sache verhält sich folgendermaßen: Frankfurt liegt dicht an die Peripherie des Dreißig-Kilometer-Kreises heran, und es mögen vielleicht, ganz genau gerechnet, einige Häuser im äußersten Westen der Stadt in das zu besetzende Gebiet fallen. Der Hauptbahnhof liegt aber sicherlich außerhalb dieses Brückenkopfreises. Wenn die Absicht wirklich bestehen sollte, einen Teil von Frankfurt, insbesondere den Bahnhof zu besetzen, so muß vor allem lebhaft dagegen protestiert werden, von den militärischen und städtischen Behörden und von der Frankfurter Bürgerschaft, und man muß dringend wünschen, daß ein solcher Beschluß rückgängig gemacht wird. Eine Besetzung des Bahnhofs würde die größten Betriebsschwierigkeiten mit sich bringen und es läßt sich, wie ja der Magistrat in seinen Eingaben schon hervorgehoben hat, gar nicht ausrufen, daß eine Großstadt wie Frankfurt, die zum Teil vom Feinde besetzt ist und gerade in ihrem verkehrsreichsten Gebiet, ihre schwierige Organisation einheitlich durchführen soll, namentlich in der Lebensmittelzufuhr. Die Entscheidung sollte rasch getroffen werden, hoffentlich in dem Sinn, daß Frankfurt als neutrale Zone angesehen wird.

Ein amerikanisches Friedensangebot.

München, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Professor Dr. Jaffe, Finanzminister des Volksstaates Bayern, erläßt folgende Erklärung:

Durch die Zeitungen geht nachstehende Notiz: „In den Berliner Kavernen werden Gerüchte verbreitet, daß die deutsche Regierung im Herbst 1918 ein Friedensangebot Frankreichs abgelehnt habe. Demgegenüber kann nur wiederholt werden, was schon früher mehrmals amtlich erklärt wurde, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkrieg jemals ein Friedensangebot gemacht hat.“

Um keine Verdunkelung der Tatsachen auskommen zu lassen, erkläre ich hierdurch, daß ich persönlich im Spätherbst 1917 ein mir durch den Genfer Vertrauensmann des Präsidenten Wilson übergebenes Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten in die Hände des Unterstaatssekretärs von dem Botschafter übermittelt habe. Dieser übernahm mir gegenüber die Verpflichtung, das Friedensangebot dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Kühlmann, vorzulegen. Einige Wochen später wurde ein dem obigen entsprechendes Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten für Österreich-Ungarn dem Grafen Czernin übermittelt.

Von beiden Stellen ist trotz mehrfacher Anträge der mit der Uebermittlung beauftragten Persönlichkeiten eine Antwort nicht erfolgt.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 22. Nov. (W. B.) In weiten Volkskreisen werden Gerüchte verbreitet, wonach deutsche Kriegsgefangene nach Friedensschluß zum Wiederaufbau oder durch den Krieg zerstörte Gebiete Belgiens und Frankreichs verwendet werden sollen. Diese Gerüchte stützen sich auf den Umstand, daß Deutschland bereits beim Abschluß des Waffenstillstandes die feindlichen Kriegsgefangenen zurückergeben hat, seine eigenen aber nicht erhält. Alle diese und ähnliche Meldungen sind vollkommen unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat vielmehr vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen Jochs zu Gunsten unserer Kriegsgefangenen folgendes erreicht:

1. Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weitergehen.
2. Alle zu Gunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge bezüglich Behandlung, Beschäftigung, Beförderung der Kriegsgefangenen, Sonntagsruhe usw. bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft.
3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Stabschef Erzbischof, Vorsitzender.

Die Bewegung im Reich.

Schießerei in Berlin.

Berlin, 22. Nov. (W. B.) Zu einer Schießerei, bei der drei Personen den Tod fanden und mehrere verletzt wurden, kam es in der vergangenen Nacht am Polizeipräsidium. Kurz nach 12 Uhr erschien ein Trupp verheerter Menschen, um die „politischen Gefangenen“ zu befreien, die angeblich im Polizeipräsidium festgehalten wurden. Trotz der Erklärung, daß sich im Polizeigewahrsam keine politischen Gefangenen befänden, beruhigten sich die Irrgeführten Menschen nicht, sondern erzwangen sich den Einlaß mit Gewalt. Hierbei kam es zu einem Feuergefecht, bei dem sogar Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Es gelang ihnen schließlich, in das Amtsgebäude einzudringen. Während ihnen hier der Kommissar vom Dienst wiederum erklärte, daß politische Gefangene gar nicht vorhanden seien, öffneten andere gewaltsam das Polizeigewahrsam und verhaften allen Verhafteten zur Flucht. Bei dieser Schießerei wurde ein Soldat, der an dem Ueberfall nicht beteiligt war, durch Querschläger tödlich getroffen, ebenso ein Mann und eine Frau, deren Leichen der Trupp mitnahm. Mehrere andere Personen, die verwundet sind, liegen sich auf der Unfallstelle in der Landsberger Straße verbinden und begaben sich dann wieder nach ihren Wohnungen.

Berlin, 22. Nov. (W. B.) Zu der bereits gemeldeten Schießerei erfahren wir von dem Polizeipräsidenten noch folgendes:

Am Donnerstag fand in der Müllerstraße eine stark besuchte Versammlung statt, in der Karl Liebknecht über die Aufgaben der Revolution sprach, sich u. a. gegen die Einberufung der Nationalversammlung wandte und für die Uebernahme der gesamten öffentlichen Gewalt durch

die Arbeiter- und Soldatenräte eintrat. Nach dem Vortrag erzählte ein Soldat, es seien noch mehrere Kameraden, die mit ihm hätten das Schloß stürmen helfen, später ebenso wie er, verhaftet worden und seien im Polizeipräsidium noch in Haft. Ein anderer Teilnehmer der Versammlung forderte auf, nach dem Alexanderplatz zu ziehen und diese politischen Gefangenen zu befreien. Dieser Aufforderung folgten mehrere hundert Personen. Während eine Abordnung im Polizeipräsidium mit dem diensttuenden Beamten verhandelte, gab ein junger Mann einen Pistolenschuß ab, wodurch ein Soldat der Sicherheitswache getötet wurde. Darauf eröffnete die Wache ein heftiges Gewehrfeuer, und die Menge ergriff die Flucht. Der ganze Vorfall ist um so bedauerlicher, als nicht nur ein Mann der Sicherheitswache sein Leben einbüßte. Er hätte auch vermieden werden können, wenn man zunächst beim Polizeipräsidenten sich darüber Auskunft geholt hätte, ob politische Gefangene sich überhaupt in dem Polizeigefängnis befänden; und das war nicht der Fall. Es wurden im Gegenteil nur solche Gefangenen gewaltsam befreit, die wegen Diebstahls und Lebensmittelschleichungen eingeliefert waren. Die Freilassung solcher Leute dient aber nicht dazu, die Sicherheit in Berlin zu erhöhen.

Die Nationalversammlung.

Frankfurt a. M., 23. Nov. (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Jtg.“ wird aus Berlin gemeldet: In einer Pressefestung war mitgeteilt worden, daß als Termin für das Listenabgeben für die Nationalversammlung der 2. Januar und als Wahltag der 2. Februar in Aussicht genommen worden seien. Diese Termine sind in dem ersten vorläufigen handschriftlichen Entwurf angegeben gewesen und rührten noch aus einer Zeit her, in der der Staatssekretär Dr. Preuß das Reichsamt des Innern und die Vorarbeiten für die Einberufung der Nationalversammlung noch nicht übernommen hatte. Der Staatssekretär Dr. Preuß steht nun, wie offiziell mitgeteilt wird, auf dem Standpunkt, daß der Termin für die Nationalversammlung erst in den Gelehtenwurf aufgenommen werden könnte, wenn alle technischen Schwierigkeiten der Vorbereitungen beseitigt seien. Auch nur auf diesen Zeitpunkt habe sich der Kommentar wegen der Nationalversammlung bezogen. Es könne aber kein Zweifel darüber bestehen, daß er mit allem Nachdruck auf die Beendigung der Vorarbeiten bedacht sei, und auf eine möglichst baldige Einberufung der Nationalversammlung.

Darmstadt, 22. Nov. (W. B.) Der heftige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat sagte in seiner heutigen Vollversammlung den Beschluß, nachstehenden Funkspruch an alle süddeutschen und gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu senden:

„Der heftige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat verlangt im Einverständnis mit der heftigen Regierung von der Reichsregierung die umgehendste Einberufung der Nationalversammlung, die die allein wirkliche Vertretung des deutschen Volkes darstellt. Er lehnt eine Diktatur irgendwelcher Klassen ab. Der heftige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat bittet die süddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, die gleicher Gesinnung sind, gemeinsam mit dem heftigen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat von der Reichsregierung obiges zu verlangen. Der heftige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat ist der Ansicht, daß im Falle, wo die Reichsregierung die Nationalversammlung nicht baldigst einberufen kann und eine Diktatur in Berlin aufkommen sollte, die süddeutschen und die gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gemeinsam mit den Regierungen die Einberufung der Nationalversammlung in einer süddeutschen Hauptstadt veranlassen sollen.“

Die Uebergabe der deutschen Schiffe.

London, 21. Nov. (W. B.) Reuter. Die deutschen Kriegsschiffe, die heute übergeben wurden, bestanden aus neun Schlachtschiffen, fünf Schlachtkreuzern, sieben leichten Kreuzern und 50 Zerstörern. An der vereinbarten Zahl fehlte somit ein Schlachtschiff, ein Schlachtkreuzer und ein leichter Kreuzer. Es wurde indessen erklärt, daß diese Schiffe später übergeben würden. Ein leichter Kreuzer stieß bei der Fahrt über die Nordsee auf eine Mine und sank. Die ganze Flotte geleitete die deutschen Schiffe bis zur Mündung des Jorh, wo sie nachts über bleiben wird, um dann nach Scapa weiter zu fahren.

Amsterdam, 22. Nov. (W. B.) Nach einer Reuter-meldung aus London schreibt die „Daily Chronicle“: Was immer auch in Zukunft mit den deutschen Kriegsschiffen geschehen wird, wir können sicher sein, daß Deutschland sie niemals zurückerhalten wird.

Letzte Meldungen.

Eine Warnung Amerikas?

Berlin, 23. Nov. (Priv.-Tel.) Aus zuverlässiger Quelle wollen verschiedene Blätter berichten können, Wilson habe durch Vermittlung einer neutralen Regierung der jetzigen Berliner Regierung mitteilen lassen, er warne ernsthaft davor, in Berlin Unruhen zu bulden oder einen neuen Vertreter der Moskauer Sowjetregierung in Berlin zuzulassen, da die Entente entschlossen sei, den Waffenstillstand zu kündigen, wenn diese Warnung kein Gehör finde.

Die Regierung und die Nationalversammlung.

Berlin, 23. Nov. (Priv.-Tel.) In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird geschrieben: Man weiß auf Seiten der Herren, die die Nationalversammlung auf die leichte Schulter nehmen möchten, ganz genau, daß die Regierung unbedingt für die Einberufung der Konstituante ist und sein muß, um zu einem baldigen Frieden zu gelangen. Hinsichtlich des Zeitpunktes der Einberufung der Nationalversammlung bestehende Verschiedenheiten der Auffassung beziehen sich lediglich auf praktische und keineswegs politische Gesichtspunkte. Es ist zu hoffen, daß in dem Anfang der nächsten Woche in Berlin zusammen tretenden Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Einheitlichkeit in dieser Hinsicht bestehen wird. Die Einheit-

lichkeit des Reiches muß unter allen Umständen gewahrt werden. Der Entwurf zu den Wahlen wird auf dem Boden des erweiterten Reichstagswahlrechts in Verbindung mit dem durch das ganze Reich hindurchgehenden Proportionalwahlrecht aufgebaut werden. Wirtschaftliche Eifersucht zwischen Nord und Süd kann heute kaum in Frage kommen.

Sozialpolitische Neuerungen.

Berlin, 23. Nov. (Priv.-Tel.) Das Reichsamt des Innern plant eine Reihe von bedeutsamen sozialpolitischen Neuerungen. Es findet sich darunter die Ausdehnung der Versicherungspflicht. Die Achtstundenschicht ist für die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien beschlossen. Das Nachtarbeitsverbot soll auch in Zukunft aufrecht erhalten bleiben. Auch wird eine Neuordnung der Sonntagsruhe kommen.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 23. Nov. 1918.

* **Eisernes Kreuz.** Dem Feldpostschaffner Heinrich Haag wurde das Eiserne Kreuz verliehen.

* **Gedächtnisgottesdienst in der Erlöserkirche.** Wir erinnern an den morgen, am Totenfest, nachmittags 5½ Uhr in der Erlöserkirche stattfindenden Gedächtnisgottesdienst für die Mitglieder der evangelischen Gemeinde, die fürs Vaterland gestorben sind. Die Gedächtnisrede hält Herr Dekan Holzhausen.

* **Ein großes Wohltätigkeits-Konzert** zum Besten der heimkehrenden „Homburger Krieger“, wird voraussichtlich am Samstag, den 30. November, abends 8 Uhr, in der „Erlöserkirche“ stattfinden. Veranstalter ist der hiesige „Vaterländische Frauenverein“. Mitwirkende sind: Fräulein Elisabeth Overlach, Konzertfängerin, Frankfurt a. M., Organist Schildhauer und das „Kor- und Sinfonieorchester“ unter Leitung des Kapellmeisters Karl Ehrenberg.

Zur Aufführung sind vorgesehen: 1. Präludium und Fuge in C-moll (J. S. Bach). 2. „Toccata d-moll“ für Orgel (J. S. Bach). 3. Arie aus dem „Requiem“, „Er war verschmäht“ (G. F. Händel). 4. „Frieden“, für Streichinstrumente (Karl Ehrenberg). 5. „Ave Maria“ (Arcadelt) für Orgel von (Fr. Liszt). 6. Zwei Gesänge mit Orgel a) „Gebet“ (H. Wolf), b) „Christ und Tod“ (Max Bruch). 7. Ouvertüre zum Oratorium „Paulus“ (J. Mendelssohn) für großes Orchester und Orgel.

* **Kurhaus-Theater.** Als zweite Vorstellung im Abonnement A gelangt am Montag, den 25. November, der dreistellige Schwank „Das Extemporale“ von Hans Sturm und Moritz Häberle durch die Mitglieder des „Neuen Theaters“ in Frankfurt a. M. zur Aufführung. Ein reizendes Stück, vorzüglich in seinem Aufbau und erheiterndem Verlauf. Die Hauptrollen sind in besten Händen.

den. Es sind an diesem Abend beschäftigt die Damen Rotenberg, Sieger und de Valsky, sowie die Herren Großmann, Grünung und Kner. Spielleiter ist Herr Direktor Neumann. Die Vorstellung beginnt um 7½ Uhr.

* **Zu einer öffentlichen Volksversammlung,** die morgen, Sonntag, nachmittags um 4 Uhr, im Sitzungssaal der Stadtverordneten stattfindet, hat der Arbeiterrat in Homburg die gesamte Einwohnerschaft eingeladen. Redner ist das Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats Plötze in Frankfurt a. M.

* **Postverkehr der Truppen.** Amtlich wird bekannt gemacht: Die Truppen, die nach ihrem Friedensstandort zurückkehren oder einen anderen Standort beziehen, haben sich ihre Postkassen nicht mehr unter ihrer Feldpostadresse (Feldpostnummer), sondern nach ihrem Standorte zuzusenden zu lassen, also unter Abgabe des Empfängers, des Truppenteils und des Standortes. Außerdem haben sich diese Truppen sogleich beim Postamt ihres Standortes anzumelden. Bis dahin ist eine Postbeförderung an Heeresangehörige während des Rückmarsches unmöglich.

* **Kotgeld.** Wie aus der Bekanntmachung im Anzeigen-Teil hervorgeht, wird nunmehr auch der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden durch die Kassauische Landesbank Kotgeld in Abschnitten von 5, 10, 20 und 50 Mark ausgeben. Alles Nähere ergibt sich aus der Bekanntmachung in diesem Blatte. Es ist zu erwarten, daß mit der Ausgabe dieser Geldzeichen, die allerdings nur allmählich erfolgen kann, der Geldzeichennot, vermutlich auch auf dem Lande gesteuert wird, vorausgesetzt, daß auch diese Geldzeichen nicht wieder gehamstert werden. Möchte die Ueberzeugung im Publikum sich endlich Bahn brechen, daß auch in dieser Zeit das Geld nirgends besser und sicherer aufbewahrt ist, als bei den Banken, Sparkassen und Genossenschaften, dann hätte alle Geldzeichennot ein Ende.

Hus Nah und Fern.

† **Frankfurt a. M., 21. Nov.** (Kieseneinbruchsdiebstahl.) Alle großen Einbruchsdiebstähle der letzten Monate geschehen in einer Nacht vom Feiertag zum Werktag, einer Zeit, in der ein ungestörtes Arbeiten der Diebe geschieht ist. Auch der große Einbruch vom Bußtag auf Donnerstag in das bekannte Modewarenhaus von Gebr. Robinsohn an der Zeil stand unter der gleichen Taktik. Hier erbeuteten die zweifelslos orts- und warenkundigen Einbrecher in der vergangenen Nacht Seidenstoffe und Modewaren im Werte von mehr als 100 000 Mark.

† **Griesheim a. M., 21. Nov.** Nicht weniger als vier Lastautos waren zur Herausführung der „Beute“ des aus dem Felde heimgekehrten Offiziersstellvertreters Schneider in der Waldstraße erforderlich. Als die Mengen vollener Decken, neuer Stiefel und Schuhe, Fleischkonserve und dergl. mehr glücklich in der Wohnung verstaubt waren, erschien der inzwischen benachrichtigte A. u. S.-Rat und be-

schlagnahmte die gesamte Beute. — Auf dem Übungsplatz steht seit 14 Tagen ein gewaltiger englischer Doppeldecker mit zwei Propellern. Da sich niemand um die Maschine kümmert, hat jetzt die Bevölkerung mit der Ausrüstung des Flugzeuges begonnen, leider in solcher Weise, daß fast nur noch Trümmerhaufen vorhanden sind.

† **Höchst a. M., 21. Nov.** Wie in einer Versammlung zu Schwanheim a. M. von zuständiger Seite mitgeteilt wurde, hat der Arbeiter- und Soldatenrat in den Farbwerken bedeutende Mengen Lebensmittel mit Beschlag belegt, u. a. in den Kaserne-Küchen zu Frankfurt 58 000 Kilo Schweinefleisch, in den Werken selbst 98 000 Dosen Konserve. Mit dem Fleisch soll die „Kreismur“ verbessert werden. Auch mehrere hundert Hammel im Geriesenstande, erhebliche Vorräte von Hülsenfrüchten, Mehl, u. v. a. m. verfielen der Beschlagnahme.

† **Friedberg, 21. Nov.** (Ein Leutnant als Einbrecher.) Der Leutnant Helmbrecht vom hiesigen Offiziersgefangenenlager wurde in einer der letzten Nächte bei einem Einbruch in das Konfektionsgeschäft von Heinrich Drebes, Kaiserstraße 92, überrascht und festgenommen. Der Herr Leutnant hatte seinen Raub schon in Sicherheit gebracht, aber seinen Mantel am Tatort liegen lassen. Als er diesen bei einem zweiten Einstieg in das Geschäft holen wollte, fiel er der Polizei in die Hände. — Ein vor dem „Deutschen Hause“ stehender Posten erklärte gestern früh einem Kameraden die Einrichtung eines Ammerndolers. Dabei entlud sich die Waffe und der Kamerad sank tödlich getroffen zu Boden.

Kurhaus-Konzerte.

Sonntag, den 24. Nov., nachmittags von 4–6 Uhr, Konzert. Dirigent: Konzertmeister Felix Kryczanias. 1. Marsch, Hoch und Deutschmeister (Ertl). 2. Ouvertüre Die Feienmühle (Reisiger). 3. Herzessrieden (Moret). 4. Potpourri Die Rose von Stambul (Jall). 5. Ouvertüre Romantique (Keler-Bela). 6. Frühlingslied (Mendelssohn). 7. Walzer, Wo die Zitronen blühen (Strauß). 8. Czardas Nr. 1 (Michiels).

Abends von 8½–10 Uhr. 1. Ouvertüre Die Stumme von Portici (Auber). 2. Walzer, Mondnacht auf der Alster (Fetras). 3. Solovej's Lied (Grieg). 4. Potpourri Dreimäderlhaus (Schubert-Berte). 5. Ouvertüre zur Oper Titus (Mozart). 6. Späthemelodie (Rubinstein). 7. Andante a. d. Sonate Pathétique (Beethoven). 8. Rondo all angrarese (Haydn).

Montag, den 25. Nov., nachmittags 4–6 Uhr, Konzert. Dirigent: Kapellmeister Oskar Holzer. 1. Carmen-Suite (G. Bizet). 2. Polenblut, Walzer (O. Rebhal). 3. Fantasia aus Der Prophet (G. Meyerbeer). 4. Ballo lento et pizzicato (L. Delibes). 5. Einzug der Götter in Walhall aus Rheingold (R. Wagner).

Abends 7½ Uhr Theater.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bad Homburg v. d. H., den 21. Nov. 1918.

Der Regierungspräsident in Wiesbaden ist als Demobilisationskommissar für das den Regierungsbezirk Wiesbaden umfassende Demobilisationsamt ernannt worden. Ihm steht der Bezirksbeirat zur Seite, der aus Vertretern von Landwirtschaft, Handel und Gewerkschaften, sowie der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zusammengekehrt ist. Die Geschäftsstuben des Demobilisationskommissars befinden sich im Regierungsgebäude in der Bahnhofstraße.

Von dem Demobilisationskommissar werden nur die allgemeinen Fragen der Demobilisation für den Regierungsbezirk bearbeitet, namentlich die Richtlinien angegeben, um die gesamte Bewegung tunlichst in die richtigen Bahnen zu leiten.

Die Einzelausführung der wirtschaftlichen Demobilisation liegt den Demobilisationsausschüssen ob, die für die Stadt- und Landkreise unter Vorsitz der Oberbürgermeister und Landräte gebildet sind. In diesen Ausschüssen sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl vertreten. Ziel der wirtschaftlichen Demobilisation ist die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, namentlich Entlassung von Soldaten, Unterbringung in Heimat und Arbeit, Regelung der Arbeitszeit, Löhne, Streckung der Arbeit, Inangbringung der Betriebe, Rohstoffwirtschaft, Kostensparbeiten, Erwerbslosenfürsorge.

Anfragen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Demobilisation sind nicht an den Demobilisationskommissar,

sondern an die Demobilisationsausschüsse oder ihre Vorsitzenden (Landratsamt) zu richten, da diese, wie bemerkt, die eigentliche Detailarbeit verrichten und vom Demobilisationskommissar zur verläufigen Regelung ermächtigt sind.

Für den Arbeiterrat.
Kintelen.

Der Landrat.
v. Marx.

Betr. Haferversteigerung in Gonzenheim.

Alle Personen, die bei der Versteigerung in Gonzenheim Frucht gekauft haben, werden hiermit aufgefordert, gegen Rückerstattung ihres Geldes die erworbenen Mengen sofort dem Landratsamt zu melden und sie der Kreis-Lebensmittelstelle zuzuführen.

Die Versteigerung war unschlüssig. Die Frucht ist beschlagnahmt. Jeder, der Mengen für sich behält, wird sich vor dem Vollzugsamt zu verantworten haben und zieht sich schwere Bestrafung zu.

Bad Homburg v. d. H., den 23. Nov. 1918.

Der Landrat.
v. Marx.

Für den Arbeiterrat.
Kintelen.

Verichtigung. In der gestrigen Verordnung betr. die Bereitung von Backwaren und den Mehloverkauf muß es heißen: Zur Bereitung eines großen Laibes Brot sind zu verwenden 880 Gr. Mehl zuzüglich 80 Gr. (statt 40 Gr.) Streckungsmittel.

Für dauernde angen. Stellung

in ruhigen herrschaftlichen Haushalt gesucht:

1 ältere durchaus tüchtige Köchin,
1 solides fleißiges Hansmädchen.

Ebenso können

2 ardentliche kriegsentlassene Leute
auf einige Wochen lohnende Beschäftigung bei Feld- und Gartenarbeit finden.

Meldungen und persönliche Vorstellung erbeten

J. C. Hartmann,

Villa v. Malgahn, Kleiner Tannenwald.

Tüchtiges

Alleinmädchen

oder unabhängige Monatsfrau für vor- und nachmittags gesucht.

Schöne Aussicht 26 II.

Die Notbezugscheine

über je 5 Ztr Braunkohlenbriketts werden beliefert, soweit Vorräte reichen:

am 25. und 26./11. bei Hrch. Emil Hett, Herzbergstraße

am 26./11. bei E. Berthold, Dorotheenstraße.

Notbezugscheine werden im Laufe nächster Woche nicht ausgegeben.

Ortskohlenstelle.

Arbeitsnachweis.

Am Montag, den 25. November wird im Rathhaus ein städtischer Arbeitsnachweis eröffnet, welcher mit dem Einwohnermeldeamt verbunden ist.

Die Arbeitgeber Homburgs und der Umgebung werden gebeten um Angabe der offenen Stellen, evtl. telephonisch (Fernruf 70).

Für Arbeitnehmer ist der Nachweis geöffnet während der Dienststunden.

Bad Homburg, den 23. November 1918.

Der Magistrat.
Gäbke.

Der Arbeiterrat.
Schmied.

Homburger Kriegerverein.

Zur Teilnahme an der morgen Sonntag, den 24. November nachmittags 5 Uhr 30 in der Erlöserkirche stattfindenden

Gedächtnisfeier

für die für das Vaterland gefallenen Homburger Kameraden werden die Kameraden gebeten, sich recht zahlreich um 5 Uhr in der „Goldnen Rose“ einzufinden.

Der Vorstand.

Wer verkauft sein Haus

event. mit gutem Geschäft oder sonst. günst. Objekt hier oder Umgegend?

Angebote zur Weiterbeförd. unter V. 1601 an Jakob Mayer, Annonc.-Exp. Frankfurt a. M.

Christl. Versammlung, Elisabethenstr. 19a.
Jeden Sonntag Vormittag von 11–12 Uhr
Sonntagschule für Kinder.
Sonntag nachm. 5–6 Uhr
Evangelisations-Vortrag.
Donnerstag abends 8½–9½ Uhr
Bibel- und Gebetsstunde.

Ausgabe von Kriegsnotgeld.

Der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden hat die Ausgabe von Kriegsnotgeld in Gutscheinen von Mk. 5.—, Mk. 10.—, Mk. 20.— und Mk. 50.— beschlossen.

Die Ausgabe der Gutscheine erfolgt durch die Nassauische Landesbank.

Vom 22. d. Mts. ab gelangen zunächst die Gutscheine zum Ver-
trage von Mk. 50.— in den Zahlungsverkehr. Die Gutscheine tragen
folgenden Aufdruck:

Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden.

G u t s c h e i n

über

Fünfzig Mark.

Dieser Gutschein wird spätestens am 1. Februar 1919 zur Einziehung und
Eintlösung unter Bekanntgabe des Verfalltermins aufgerufen.

Die Eintlösung erfolgt bei den Kassen der
Nassauischen Landesbank
(Hauptkasse und Landesbankstellen).

Wiesbaden, den 4. November 1918.

Der Landesauschuß.

Der Landeshauptmann in Nassau.

Dr. v. Jbell. Dr. Alberti.

Krefel.

Der Aufdruck der Mk. 50.—Scheine ist auf der Vorderseite in
olivgrüner Farbe hergestellt. Darunter befindet sich ein Unterdruck mit
dem Wappen des Bezirksverbandes in roter Farbe. Die Hinterseite
zeigt in olivgrüner Farbe im Mittelfeld das Wappen des Bezirksver-
bandes. Beide Seiten sind mit einem Grunddruck in grauer Farbe ver-
sehen. Das Papier enthält ein Wasserzeichen.

Wiesbaden, den 19. November 1918.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Oeffntl. Volksversammlung!

Im Stadtverordnetenitzungs-saal,
Homburg, findet am **Sonntag, 24. Nov., nach-
mittags 4 Uhr** eine öffentliche Versammlung statt,
zu der die gesamte Einwohnerschaft von Homburg ein-
geladen ist.

Redner ist das Mitglied des Frankfurter A.-
u. S.-Rates **Plotke**.

Der Arbeiterrat.

J. B.: Walter.

Montag, den 25. d. M., nachmittags 3 Uhr

Verkauf von **6 Waggon Holz**
am Güterbahnhof.

J. A. d. A. u. S.
Garnisonverwaltung.

Betr. Wohlfahrtspflege.

Zur Unterstützung des Kreiswohlfahrtsamtes bzw. der amtlichen
Bezirks-Fürsorgestelle besteht hier ein Ortsauschuß. Die Mitglieder
des Ortsauschusses wirken als Vertrauenspersonen in der örtlichen
Wohlfahrtspflege für die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, in der
Wöchnerinnenfürsorge, der Säuglingspflege, der Tuberculosenbekämpfung,
Wohnungsfürsorge und allgemeine Fürsorge. Die Mitglieder des Orts-
auschusses werden alle Fälle von Hilfsbedürftigkeit obenbezeichneter
Art ermitteln. Die Schriftführerin sammelt die Anträge zwecks Weiter-
gabe an die amtliche Bezirksfürsorgestelle.

Die Rentenansprüche der Kriegshinterbliebenen werden nach wie
vor von der amtlichen Bezirksfürsorgestelle im Kreishause entgegenge-
nommen.

Der Ortsauschuß besteht aus:

1. der Vorsitzenden Frau Oberleutnant Fink,
2. „ Schriftführerin Frau Julius Ackermann,
und den nachbezeichneten Mitgliedern:
3. Frau Major Schend,
4. „ M. Herten,
5. Schwester Oberin Amabilis im Stadtbezirk Kirdorf,
6. Stadtschweizer Alwine,
7. Fräulein Anna Steinbrink,
8. „ Kath Steinhäuser,
9. „ Margarete Büchmann,
10. Dekan Holzhausen,
11. Pfarrer Keutner,
12. Bürgermeister Selgen.

Bad Homburg v. d. H., den 19. November 1918.

Der Magistrat H.
Selgen.

Der Arbeiterrat.
Schmid.

Kurhaustheater Bad Homburg.

Montag, den 25. November 1918, abends 7½ Uhr

2. Vorstellung im Abonnement A.

Gesamtgaßspiel des Neuen Theaters, Frankfurt am Main

Direktion: Arthur Hellmer und Max Reimann

DAS EXTEMPORALE

Schwank in drei Akten von Hans Sturm und Moritz Färber.

Spielleitung: Max Reimann

Künstlerischer Beirat für die Gestaltung der Bühnenbilder:

Robert Neppach.

Gewöhnliche Preise.

Militär Ermäßigung.

Vorverkauf auf dem Kurbüro.

Frachtbriefe (kleines Format)

mit und ohne Firma-Eindruck in der Geschäftsstelle der Kreis-Zeitung
erhältlich.



Am 5. November entschlief in einem Kriegslazarett in Belgien, nach kurzer Krank-
heit, an Lungenentzündung, mein heißgeliebter ältester Sohn, unser guter Bruder, Schwa-
ger, Onkel u. Neffe

Sergeant Richard Schmidt

beim Stabe der II. Reserve-Division

Inh. des E. K. II.

nach über 4 jähriger treuester Pflichterfüllung.

Gleich seinen, ihm im Tode vorangegangenen beiden Brüdern, starb auch er den
Heldentod für's Vaterland.

Bad Homburg v. d. H., 22. November 1918.

Im tiefsten Schmerz:

Die schwergeprüfte Mutter

Anna Schmidt Ww., geb. Schick

Nach erfolgter Ueberführung wird die Beisetzung bekannt gegeben.

Ein vier Wochen altes

Zuchtfalb

(Gelbscheck) zu verkaufen.

Bernhard Dedede,

Gärtner,

Urfelerstraße.

Schönes Schweizer

Winterfalb

zur Zucht abzugeben. Anzusehen Sonn-
tag.

Mollen-Anstalt.

Gottebedienst-Ordnung
der Marienkirche.

Gottebedienstordnung vom 24. bis 30. November

6 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte.

6½ u. 8 Uhr hl. Kommunion des Kirchen-

chores u. des Jungmänner-Apostelates.

1½, 7, 8 u. 1½, 12 Uhr hl. Messen, in der

letzten die Verlesung eines Hirtenbriefes.

9½ Uhr Hochamt mit Predigt.

2 Uhr Versammlung des dritten Ordens u.

Andacht.

4½ Uhr Stanislausfeier im Marienverein

mit sakr. Segen.

8 Uhr Andacht in allgemeiner Not, nach der

selben Jünglingsverein.

An Wochentagen ist um 1½, 7 u. 1½, 8 Uhr hl.

Messe.

Mittwoch und Freitag Abend 8 Uhr Andacht

in allgemeiner Not.

Sonntag Abend Soloe.

Mittwoch Abend Männerverein.